

"Neues Vertrauen in Europa" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (4. Dezember 1969)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 04.12.1969. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"neues_vertrauen_in_europa"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_4_dezember_1969-de-35580a26-aad3-46d4-abfa-feb64ff7e9e1.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Neues Vertrauen in Europa

Von Hans Herbert Götz

Entgegen vielen berechtigten Befürchtungen ist die Haager Gipfelkonferenz ein Erfolg geworden, nicht nur für die sechs EWG-Staaten, sondern auch für die europäische Einigungspolitik. Dies gilt selbst dann noch, wenn man das ein wenig pathetisch formulierte Abschlußkommunique auf seinen harten Kern hin überprüft hat. Mehr war nicht herauszuholen.

Wenn der französische Außenminister nach Konferenzende davon sprach, daß die Konferenz ein voller Erfolg für Frankreich geworden sei und daß die drei Pariser Forderungen von der „Vollendung der Gemeinschaft“ (gemeint ist die gemeinsame Agrarfinanzierung), der „Vertiefung in Richtung auf eine Wirtschaftsunion“ und schließlich der „Ausweitung auf andere Staaten“ nun genau dort stünden, wohin sie Frankreich zu stellen verlangt hatte, kann ergänzend hinzugefügt werden, daß die französische Politik vor der Konferenz die notwendigen Kehrtwendungen in ihrer Europa-Politik schon vollzogen hatte. Was de Gaulle immer wieder verweigert hatte, ist nun beschlossen: Beitrittsverhandlungen und Kontrolle eigener Einnahmen der EWG durch ein gestärktes europäisches Parlament. Was die unerläßliche Reform der Agrarpolitik angeht, so hätte Brandt präzisere Formeln gewünscht; aber der Gedanke ist festgehalten, daß es Grenzen der finanziellen Belastung gibt, auch und gerade für Bonn. Schließlich muß die Bundesrepublik die neue Finanzverordnung genehmigen, und zwar nach dem Beginn von Beitrittsverhandlungen.

Wichtiger als die Agrarpolitik ist für die Zukunft der eindeutig bekundete Wille, die EWG stufenweise zu einer Wirtschaftsunion zu entwickeln. Hier haben Brandt und Pompidou überraschend präzise gesprochen. Das heißt nun noch nicht, daß eine europäische Währungsföderation schon in Sichtweite oder daß man sich einig darüber wäre, wieviel Geldentwertung in solcher Wirtschaftsunion noch erträglich sein könnte. Die Wirtschafts- und Finanzminister, auch die Notenbank-Gouverneure, haben hier eine große Aufgabe gestellt bekommen, von deren Lösung es abhängt, ob das geeinigte Europa wirklich zu jener Gemeinschaft der „Stabilität und des Wachstums“ wird, von der das Kommunique spricht. Auch die Europäische Kommission hat neue Aufgaben und Chancen erhalten und muß nun an ihre Pflicht erinnert werden: Sie möge aufhören, dem Rat Memoranden zuzuleiten; sie soll endlich wieder konkrete Vorschläge machen. Einige Kommissionsmitglieder beobachten die Zerfallerscheinungen im eigenen Hause seit langem mit Sorge.

Es bleibt die Beitrittsfrage. Das neue Klima des Vertrauens hat es, wie man sagt, erlaubt, auf die Festlegung eines Datums für die Beitrittsverhandlungen zu verzichten; man glaubte sich damit begnügen zu können, die Bedingungen zu umschreiben. Zwischen Pompidou und Brandt geht es anders zu als zwischen Adenauer und de Gaulle: nüchterner, aber auch präziser. Es gibt in der Frage der Beitrittsprozedur offenbar keine unterschiedliche Interpretation unter den Sechs. Nach Meinung der Gipfelkonferenz müssen die beitragswilligen Staaten akzeptieren: 1. die Verträge, 2. ihre politische Zielsetzung (eine Formel, auf die Paris großen Wert gelegt hat), 3. das seit 1958 geschaffene EWG-Recht, schließlich 4. die Grundsatzbeschlüsse, die in den nächsten Monaten mit der Zielsetzung einer Wirtschaftsunion beschlossen werden sollen. Stimmen die Beitrittskandidaten dem zu, so wird die Gemeinschaft bis zur Jahresmitte und in positivem Sinne die Voraussetzungen für den Verhandlungsbeginn zu schaffen suchen. Daran anschließend, etwa im Herbst, wäre mit den anderen Partnern der Efta zu sprechen.

Der einzig feste Termin, der genannt wird, ist im Auftrag an die Außenminister enthalten, sich Gedanken darüber zu machen, wie man in der Frage der „politischen Einigung“ weiterkommen kann. Hier kann noch nichts Großartiges erwartet werden. Aber das Thema bleibt wenigstens auf der Tagesordnung der siebziger Jahre. Das Haager Kommunique ist ausführlich: sechzehn Punkte. Italien wäre es lieber gewesen, darin etwas über Tabak und Wein zu finden (worüber gesprochen wurde) als den Hinweis auf Abstimmung der Sozialpolitik und die europäische Universität. Der Verweis auf die Beteiligung der Jugend an der schöpferischen Gestaltung Europas hat etwas Formelhaftes.

Alle Beteiligten haben in den letzten Wochen in den Abgrund geblickt, in den sie der Ausbruch einer politischen Krise in der EWG gerissen hätte. Allerdings sind auch jetzt die Sachfragen nicht mit einem Zauberstab entschieden und die Konflikte nicht aufgelöst. Sie bleiben. Aber das wiedergewonnene

Vertrauen kann den Akteuren im EWG-Ministerrat in den nächsten Monaten die Kraft verleihen, die Gegensätze vor dem Hintergrund der nun unwiderruflich beschlossenen Fortsetzung der Einigungspolitik unverdrossen auszuräumen. Diese Arbeit bleibt mühselig.